

**V-52 (D-01)** Eskalation in Nordsyrien: Völkerrechtswidrigen Militäreinmarsch der Türkei verurteilen – Rüstungsexporte stoppen – Exportgarantien beenden – Täter bestrafen

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 11.11.2019  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

- 1 Mit ihrem völkerrechtswidrigen Einmarsch in Nordsyrien am 9. Oktober 2019 hat die
- 2 türkische
- 3 Regierung unter Präsident Erdoğan den Konflikt in Syrien weiter eskaliert und so eine
- 4 massive Verschlechterung der politischen sowie humanitären Lage der ohnehin
- 5 geschundenen
- 6 Region in Nordsyrien herbeigeführt. Rund 300.000 Menschen mussten bereits
- 7 aufgrund der
- 8 jüngsten türkischen Invasion fliehen, zahlreiche tote Zivilistinnen und Zivilisten sind zu
- 9 beklagen. Der Einmarsch in Nordsyrien ist ein gezielter Angriff auf die kurdische
- 10 Bevölkerung. Die türkische Regierung verfolgt das Ziel, die Bevölkerungsstruktur im
- 11 mehrheitlich kurdischen Norden Syriens zu verändern, die Kurdinnen und Kurden im
- 12 eigenen
- 13 Land zu schwächen und damit den türkisch-kurdischen Konflikt zu entscheiden.
- 14 Gleichzeitig
- 15 verschärft auch der US-Präsident mit seiner erratischen Politik die Situation in Syrien
- 16 und
- 17 der Region. Mit dem plötzlichen Abzug der US-Truppen entzieht Donald Trump den
- 18 kurdischen
- 19 Kräften, die sich dem IS maßgeblich entgegenstellt haben und unter hohen Verlusten
- 20 die vom
- 21 IS kontrollierten Gebiete zurückgewinnen konnten, abrupt die jahrelange
- 22 Unterstützung. Er
- 23 überlässt sie damit ihrem Schicksal, setzt sie der Feindseligkeit der türkischen Armee
- 24 aus,
- 25 die Seite an Seite mit islamistischen Kämpfern ihren Einsatz vollzieht, und treibt sie
- 26 ausgerechnet in die Arme des syrischen Regimes unter Baschar al-Assad.
- 27 Bei einem Treffen in Sotschi am 22. Oktober 2019 teilten der russische und der
- 28 türkische
- 29 Präsident Nordsyrien de facto auf: Die Türkei patrouilliert ab sofort gemeinsam mit der
- 30 russischen Armee in Teilen des syrisch-türkischen Grenzgebiets unter Beteiligung von
- 31 islamistischen Milizen, die allesamt – wie zuvor schon in Afrin - Kriegsverbrechen
- 32 begangen
- 33 haben. Amnesty International berichtet von schweren Menschenrechtsverletzungen
- 34 und
- 35 Kriegsverbrechen, wie z.B. wahllosen Angriffen auf Wohngebiete, Schulen und andere
- 36 zivile
- 37 Ziele. Zudem will Erdoğan bis zu zwei Millionen syrische Geflüchtete, von denen die
- 38 wenigsten ihre Heimat im überwiegend kurdischen Landstrich haben, in diesem Gebiet

25 zwangsansiedeln. Solche ethnischen Vertreibungen und zwangsweise Umsiedlungen  
würden zu  
26 einer humanitären Tragödie und gefährlichen neuen Konflikten führen und massiv zur  
27 Verschärfung des Konflikts beitragen.  
28  
29 Durch den Rückzug der USA und die Einigung zwischen Moskau und Ankara stabilisiert  
sich die  
30 Macht des syrischen Diktators Assad weiter. Seine Truppen konnten mit Hilfe ihrer  
iranischen  
31 und russischen Verbündeten weitere Gebiete im Norden unter ihre Kontrolle bringen.  
32 Durch den türkischen Einmarsch werden die kurdischen Lager mit den inhaftierten IS-  
Kämpfern  
33 nicht mehr mit der gleichen Intensität bewacht wie vor dem Einmarsch.  
Medienberichten  
34 zufolge sind daher bisher circa 100 IS-Kämpfer aus der kurdischen Haft entkommen.  
Bisher hat  
35 sich die Bundesregierung geweigert, die inhaftierten deutschen IS- Kämpfer und ihre  
36 Angehörigen mit deutscher Staatsbürgerschaft zurückzuholen und sie schnellstmöglich  
in  
37 Deutschland für ihre Taten strafrechtlich zu verfolgen. Darum ist die Gefahr durch  
38 entkommene IS-Kämpfer auch innerhalb Europas in dieser chaotischen Situation nun  
größer  
39 geworden.

40 Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben durch fehlende gemeinsame Initiativen zu den  
41 Auswirkungen im Syrienkonflikt, die wir heute sehen, beigetragen. Von der  
Bundesregierung  
42 ging auf EU-Ebene keine Initiative für eine kraftvolle Wiederbelebung eines  
43 Friedensprozesses in Syrien aus. Maßnahmen, wie der VN-Mechanismus für die  
Untersuchung und  
44 Verfolgung von schwersten Kriegsverbrechen in Syrien, unterstützte die  
Bundesregierung nicht  
45 ausreichend. Und die internationale Gemeinschaft – darunter auch Deutschland –  
konnte sich  
46 bis heute nicht durchringen, die Menschenrechtsverbrechen durch die türkische  
Regierung in  
47 Afrin 2018 klar zu benennen und den Einmarsch als eindeutig völkerrechtswidrig zu  
48 verurteilen. Dadurch fühlte sich Präsident Erdoğan ermuntert, die Vertreibungen noch  
einmal  
49 auszuweiten.  
50

51 Russland konnte seinen Einflussbereich im Nahen Osten entscheidend ausbauen, die  
türkische  
52 Regierung entfernt sich immer mehr von EU und NATO. Doch dieses Blinken nach  
Moskau kann  
53 nicht die existentiellen wirtschaftlichen Beziehungen der Türkei mit Europa ersetzen.  
Gerade  
54 deshalb sollten die Europäische Union und die NATO die Provokationen Erdogans ruhig,  
aber  
55 deutlich beantworten. Gerade im Fall von Syrien wird überdeutlich, wie notwendig eine

starke  
56 EU mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist.  
57 Die Inkonsistenz in der europäischen Außenpolitik offenbarte sich jüngst auch im  
58 Agieren der  
59 deutschen Bundesregierung. Es liegen genügend realistische Vorschläge auf dem  
60 Tisch, wie  
61 sich Deutschland gemeinsam mit seinen Partnern aktiv für die Linderung der  
62 humanitären  
63 Katastrophe engagieren kann. Stattdessen düpierte die deutsche  
64 Verteidigungsministerin mit  
65 ihrem nicht abgestimmten Vorstoß für eine international gesicherte Schutzzone im  
66 Norden  
67 Syriens die übrige Bundesregierung und irritierte Deutschlands europäische und  
68 internationale Verbündete und Partner. Statt auf allen Kanälen Druck auf die türkische  
69 Regierung auszuüben und dafür auch den NATO-Rat zu nutzen, beschäftigten sich die  
70 Bundesregierung und ebenso die NATO mit einem innenpolitisch motivierten Vorschlag  
71 der  
72 deutschen Verteidigungsministerin, der in der Sache leider bei Weitem nicht  
73 durchdacht,  
74 geschweige denn abgestimmt war. Im Mittelpunkt der Initiative stand dabei nicht der  
75 Schutz  
76 der Zivilbevölkerung, denn von Anfang an war nicht klar benannt, wen eine solche  
77 Schutzzone  
78 vor wem schützen sollte. Stichhaltige Aussagen über die völkerrechtliche Grundlage  
79 ihres  
80 Vorstoßes blieb die Verteidigungsministerin lange Zeit ebenso schuldig wie eine  
81 Erläuterung,  
82 was in der konkreten Situation mit zusätzlicher militärischer Präsenz eigentlich erreicht  
83 werden solle – noch dazu in einer derart multifrontalen Situation wie im Nordosten des  
84 Landes. Und es fehlte die Absage an den türkischen Plan, Flüchtlinge in die  
85 nordsyrische  
86 Region abzuschieben.  
87 Spätestens nach der russisch-türkischen Einigung von Sotschi war klar, dass ein  
88 Einsatz  
89 unter den aktuellen Umständen in Nordsyrien für deutsche und europäische Kräfte  
90 kaum möglich  
91 wäre, ohne sich zum Handlanger des Autokraten Putin wie des Diktators Assad zu  
92 machen, der  
93 hunderttausende Menschenleben auf dem Gewissen hat und auch vor dem Einsatz  
94 von Giftgas  
95 gegen die eigene Bevölkerung nicht zurückschreckte. Ebenso wäre ein Einsatz ohne  
96 Zusammenarbeit mit Erdoğan nicht möglich, dessen Ziel die Vertreibung von  
97 Kurdinnen und  
98 Kurden und ethnischer und religiöser Minderheiten vor Ort ist. Die Bundesregierung  
99 hat sich  
100 - auch mit den Äußerungen des Außenministers bei seinem Besuch in der Türkei - in  
101 einem  
102 Moment kriegerischer Eskalation durch ein Nato-Mitglied als politische Kraft  
103 präsentiert,

84 die mehr mit sich selbst beschäftigt ist, anstatt handlungsfähiger Akteur zu sein.  
Aufgabe  
85 wäre es gewesen, zusammen mit seinen Partnern nach diplomatischen Lösungen zu  
suchen und auf  
86 eine Deeskalation zu dringen. Wer Außenpolitik hingegen rein aus innenpolitischem  
Kalkül  
87 betreibt, der bricht mit einem werte- und menschenrechtsgeleiteten Politikverständnis  
und  
88 schadet den Sicherheitsinteressen Europas.

89 Die Bundesregierung hat viel zu lange kaum folgenreiche Kritik an der zunehmend  
90 autokratischen und unberechenbaren Innen- und Außenpolitik der türkischen  
Regierung geübt,  
91 geschweige denn konkrete politische Maßnahmen ergriffen. So hat die  
Bundesregierung auch  
92 nach dem völkerrechtswidrigen türkischen Einmarsch in Afrin 2018 Kriegswaffen im  
Wert von  
93 mindestens 427 Millionen Euro an die Türkei geliefert. Die Ankündigung der  
Bundesregierung,  
94 keine Genehmigungen für alle Rüstungsgüter zu erteilen, die in Syrien eingesetzt  
werden  
95 könnten, kommt viel zu spät, ist völlig ungenügend und kein wirksames politisches  
Signal an  
96 die türkische Regierung. Denn bereits genehmigte, aber noch nicht gelieferte Waffen,  
können  
97 so weiter problemlos an die Türkei exportiert werden. Seit Anfang 2018 wurden  
deutsche  
98 Exportkreditgarantien (sogenannte Hermesbürgschaften) für die Türkei im Wert von  
rund 2,6  
99 Milliarden Euro gewährt. Den wirtschaftlichen Hebel, den die Bundesregierung hat, um  
die  
100 türkische Regierung unter Druck zu setzen, hat sie bislang nicht genutzt. Wir Grüne  
erwarten  
101 von der Bundesregierung einen grundlegenden Kurswechsel im Umgang mit der  
türkischen  
102 Regierung. Gleichzeitig dürfen wir die Regimekritiker\*innen in der Türkei, von denen  
103 Hunderte nach Kritik an der Invasion in Nordsyrien festgenommen wurden, nicht  
alleine  
104 lassen. Die Zusammenarbeit mit der demokratischen, pro-europäischen türkischen  
105 Zivilgesellschaft muss gestärkt und ausgebaut und diese weiter unterstützt werden.

106 Die gleichzeitig stattfindenden Angriffe auf Idlib sind eine Katastrophe. Dort werden  
107 Krankenhäuser und zivile Einrichtungen brutal und menschenverachtend attackiert.  
Der  
108 syrische Diktator Assad und seine Verbündeten haben den einstigen Zufluchtsort Idlib  
zu  
109 ihrem Hauptangriffsziel gemacht. Die Bundesregierung muss die Situation in Idlib zum  
Thema  
110 im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen machen. Russland hat dort bisher jeden  
Versuch  
111 einer gemeinsamen Erklärung, die die Angriffe auf Zivilisten durch die Truppen Assads  
112 verurteilt, verhindert.

113 Wir fordern:

- 114 • Dass die türkische Regierung den völkerrechtswidrigen Angriff auf Nordsyrien  
115 sofort stoppt und ihr Militär und die sie unterstützenden Milizenverbände sofort abzieht.
- 116 • Dass EU und NATO den türkischen Einmarsch in Nordsyrien öffentlich sowie bei  
117 den Vereinten Nationen als völkerrechtswidrig verurteilen.
- 118 • Dass die NATO deutlich macht, dass die Türkei bis zum vollständigen Abzug der  
119 türkischen Armee aus Nordsyrien für ihren völkerrechtswidrigen Einmarsch  
120 keinen Beistand erhält.
- 121 • Dass Deutschland und die Europäische Union an alle Beteiligten appellieren, das  
122 humanitäre Völkerrecht zu achten, und sich dafür einsetzen, dass die YPG bzw.  
123 mit ihr verbündete Kräfte in ihren Gegenmaßnahmen keine Gewalt gegen Zivilisten in  
124 der Türkei und Nordsyrien einsetzt. YPG wie Peschmerga müssen den Flüchtlingen, die  
125 gerade aus Nordsyrien in den Richtung Nordirak flüchten, freies und sicheres Geleit  
gewähren.
- 126 • Dass sich die EU dafür einsetzt, dass auch die Kurdinnen und Kurden aus dem  
127 Norden Syriens umfassend im UN-vermittelten Verfassungsausschuss und politischen  
128 Prozess vertreten sind.
- 129 • Dass die Verantwortlichen für in Syrien begangene Kriegsverbrechen auf der  
130 Grundlage des Völkerstrafrechts zur Rechenschaft gezogen werden und dass der  
131 internationale unabhängige Mechanismus der VN zur Untersuchung von schwerwiegenden  
132 Verbrechen in Syrien angemessen finanziert wird.
- 133 • Dass die EU oder ihre Mitgliedstaaten persönliche und gezielte finanzielle  
134 Sanktionen gegen Präsident Erdoğan, Mitglieder der türkischen Regierung und führende  
135 Angehörige des türkischen Militärs sowie gegen türkische Finanzinstitutionen, über die das  
136 türkische Militär seine Finanztransaktionen abwickelt, im europäischen Verbund  
137 erlassen.
- 138 • Dass die türkische Regierung die innenpolitische Kampagne gegen Kritiker\*innen  
der

- 139 Invasion in Nordsyrien beendet und die Meinungs- und Pressefreiheit  
wiederherstellt.
- 140 • Dass die Bundesregierung die Verlängerung des Engagements der Bundeswehr  
141 bei der Operation „Inherent Resolve“ zurücknimmt, die Tornados aus Jordanien abzieht  
142 und ab sofort keinerlei Aufklärungsergebnisse mehr direkt oder indirekt an die Türkei  
143 weitergibt.
- 144 • Dass die Bundesregierung alle deutschen Rüstungsexporte in die Türkei  
145 umgehend stoppt, erteilte Genehmigungen widerruft, sich für einen EU-weiten Rüstungsexportstopp  
146 an die Türkei und auch für einen Stopp der Beteiligung deutscher Unternehmen an  
147 Rüstungskonsortien in der Türkei einsetzt.
- 148 • Dass die Bundesregierung keine neuen Hermesbürgschaften zur Absicherung  
149 wirtschaftlicher Aktivitäten in der Türkei übernimmt und alle noch nicht  
150 genehmigten Anträge ablehnt.
- 151 • Dass die Bundesregierung endlich ihre rechtliche und politische Verpflichtung  
152 wahrnimmt, indem sie die deutschen IS-Kämpferinnen und –Kämpfer und ihre  
153 Familienangehörigen zurücknimmt und so schnell wie möglich Strafverfahren  
154 gegen Personen, die sich strafbar gemacht haben, in Deutschland einleitet. Dazu  
155 müssen die Strafverfolgungsbehörden ausreichende Kapazitäten bekommen. Zudem muss  
156 sichergestellt sein, dass die Kapazitäten ausreichen, damit Gefährderinnen und Gefährder bzw.  
157 relevante Personen nach der Rückkehr nach Deutschland überwacht werden  
können.
- 158 • Dass die EU und ihre Mitgliedstaaten diesen im Kern asylrechtswidrigen EU-  
159 Türkei-Deal von 2016, der die verheerende Situation in den Flüchtlingslagern auf den  
160 griechischen Inseln noch verschlimmert und die EU durch die türkische Regierung erpressbar  
161 gemacht hat, beenden. Zugleich darf die europäische Unterstützung zu unmittelbaren  
162 Gunsten der über drei Millionen Geflüchteten in der Türkei nicht abbrechen. Deren Versorgung  
163 nach humanitären Standards muss oberste Priorität haben. Auch braucht es dringend  
164 Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen.
- 165 • Dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten sich endlich für legale Fluchtwege in die  
166 EU, eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten,  
167 rechtstaatliche Asylverfahren und eine gerechte Verteilung der Geflüchteten auf die EU-

## Mitgliedstaaten

- 168 einsetzen. Wer verhindern will, dass sich Schlepper an der Not von Geflüchteten  
169 bereichern, die angesichts von Verfolgung, Krieg und Gewalt ihr Leben bei der  
170 Flucht  
171 übers Mittelmeer aufs Spiel setzen, muss sichere und legale Fluchialternativen  
schaffen.
- 172 • Anzuerkennen, dass ein Neuanfang in Syrien nur unter Einbeziehung der  
politischen  
173 Opposition in den Verfassungsprozess und freier, fairer Wahlen stattfinden kann.  
Die  
174 EU muss wieder aktiver werden, um eine dauerhafte politische Lösung der Krise  
im  
175 Einklang mit der Resolution 2254 des VN-Sicherheitsrates zu finden. Besonders  
Frauen  
176 müssen am Verhandlungsprozess für eine politische Lösung des Konflikts beteiligt  
werden. Ohne einen relevanten und inklusiven politischen Prozess und ohne  
177 Freilassung  
178 der politischen Gefangenen darf es keine finanzielle Unterstützung für das Assad-  
179 Regime und seine Günstlinge geben, auch nicht in Form von Aufbauhilfe.
  - 180 • Eine politische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts bleibt die notwendige  
181 Voraussetzung für Stabilität und Frieden in der gesamten Region. Eine Lösung  
kann  
182 nicht in einer weiteren Eskalation des schrecklichen Krieges in Syrien und  
weiterer  
183 militärischer Aufrüstung der Türkei bestehen, sondern muss friedlich, unter  
184 Einbeziehung der betroffenen Staaten und der kurdischen Akteure sowie unter  
Wahrung  
185 des Völkerrechts erreicht werden.
  - 186 • Dass sich die Bundesregierung und die EU-Mitgliedstaaten dafür einsetzen, das  
187 schreckliche Leid der Menschen in Idlib zu lindern.
- 188 Alles politische Handeln der Bundesregierung und der Europäischen Union konsequent  
auf die  
189 Unterstützung der vielen demokratischen Kräfte in der Türkei auszurichten.

## **Begründung der Dringlichkeit**

Die jüngsten Entwicklungen in Nordsyrien, die sich zum Teil erst nach Antragsschluss ergeben haben, in Verbindung mit Vorschlägen der deutschen Verteidigungsministerin zu einem möglichen Bundeswehreinsatz machen eine aktuelle Positionierung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nötig, um das völkerrechtswidrige Vorgehen des NATO-Partners Türkei klar zu verurteilen und unsere Sicht einer werte- und menschenrechtsgeleiteten Außen- und Sicherheitspolitik im Fall Syriens darzulegen.